



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 202/15

30.10.2015

Scharf: Hochwasserschutz in Zeiten des Klimawandels

Windorf zukünftig besser geschützt

Mit der Fertigstellung der neuen Hochwasserschutzanlagen in Windorf sorgt der Freistaat für einen besseren Schutz vor rückstauendem Donauhochwasser. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf heute vor Ort bei der Einweihung der Hochwasserschutzmaßnahmen. Scharf: "Wir wollen Bayern hochwassersicher machen und damit auch möglichen Auswirkungen des Klimawandels entgegen treten. Mit den Anlagen in Windorf wird ein wichtiges Projekt zum Schutz der Menschen vor Ort beendet. Hier gehen Nachhaltigkeit und effektiver Hochwasserschutz Hand in Hand. Die Schutzanlagen und der Perlbach wurden in vorbildlicher Weise im Sinne von Ortsentwicklung, Naherholung und naturnaher Gestaltung optimiert." Zentrales Element des seit 2003 laufenden Projekts war die Errichtung von stationären und mobilen Hochwasserschutzwänden, die zusammen eine Länge von mehreren hundert Metern haben. Mehr als 650 Kubikmeter Stahlbeton wurden verbaut - das entspricht der Füllmenge von rund 4.500 Badewannen. Auch das Umfeld des Perlbaes wurde neu gestaltet und rund 1500 Quadratmeter Grünflächen sowie 800 Quadratmeter Fußwege im Uferbereich angelegt. "Hochwasserschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Freistaat und Gemeinden. Der Markt Windorf stellt sich dieser Aufgabe. Er hat sich an den Kosten der Maßnahme beteiligt und übernimmt im Hochwasserfall wichtige Funktionen", so Scharf. Der Markt Windorf war bisher nur unzureichend gegen stärkere Hochwasserereignisse geschützt. Seit 2003 wurden rund 5 Millionen Euro für Hochwasserschutzmaßnahmen in Windorf ausgegeben.

Nach dem Junihochwasser 2013 hat die Staatsregierung beschlossen, die Anstrengungen im Hochwasserschutz weiter zu intensivieren und den Schutz der Menschen in Bayern vor den Naturgewalten noch schneller zu verbessern. Das Hochwasserschutzprogramm 2020plus ist mit einem Gesamtvolumen von rund 3,4 Milliarden Euro die größte wasserbauliche Infrastrukturmaßnahme Bayerns.